

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beleggeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon Sammelnummer 72206 — **Volkshilfskonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 10/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 10/21 — Telefon 72003

Inseratenpreise: Die 10zeilige Kolonelleile 35 Pf., bei Blankvordr. 40 Pf., Stellenangebote 10gebl. Kolonelleile 25 Pf. Familienanzeigen von Privatpersonen 10gebl. Kolonelleile mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. ausm.: die 10zeilige Kolonelleile 40 Pf. bei Blankvordr. 50 Pf., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Moskulddebatte im englischen Unterhaus

Auszug der Arbeiterpartei.

W.B. London, 21. Dezember.

Das Unterhaus begann heute die Debatte über die Moskuldfrage. Clyn es erklärte, wenn die Regierung einen Antrag auf Billigung ihrer Haltung gegenüber der Entscheidung des Völkerbundesrates über Moskul habe einbringen lassen, so liege darin eine unbillige Beschränkung der Rechte des Unterhauses. Er fordere die Mitglieder der Arbeiterpartei auf, gegen dieses Vorgehen zu protestieren, indem sie das Haus verlassen und an der Iral-Debatte nicht teilnehmen. Clyn es behauptete ferner, daß man der Opposition nicht Zeit gelassen habe, über diesen Antrag vor der Debatte zu beraten, und wies darauf hin, daß infolge der Nähe der Weihnachtsfeierstage das Unterhaus ungemein schwach besucht sei. Clyn es und Thomas verließen, Baldwin dazu zu veranlassen, sich mit einem allgemeinen Vertagungsantrag ohne Abstimmung einverstanden zu erklären und den Antrag auf Billigung des Verhaltens der Regierung in der Moskuldfrage fallen zu lassen. Baldwin lehnte das ab. Er sagte, es sei wesentlich, daß das Haus seine grundsätzliche Billigung kundgebe, ehe das Parlament vertagt wird. Wenn der Entwurf des Vertrags dem Hause zur Annahme oder Ablehnung vorgelegt werde, biete sich genügende Gelegenheit zu einer Debatte.

Die Arbeiterpartei hat daraufhin geschlossen das Unterhaus verlassen. Nachdem die Arbeiterpartei das Haus verlassen hatte, während die Liberalen blieben, brachte Baldwin die Regierungsresolution ein. Baldwin betonte, daß die Regierung die Politik der vorhergehenden Kabinette und damit auch die der Arbeiterregierung fortsetze und sagte: Wir wünschen nichts so sehr, als daß das Iral-Gebiet in gut nachbarlichen Beziehungen und freundschaftlicher Zusammenarbeit mit der Türkei leben möchte. Der Außenminister hat bereits in Genf sich bereit erklärt, Mittel und Wege zu suchen, die sich mit unseren Verpflichtungen gegenüber dem Iral vertraglich, um zu einem Abkommen zu gelangen. Ich habe den türkischen Botschafter ein, morgen mit mir zusammenzukommen, um diese Frage weiter zu besprechen. (Beifall.) Wir brauchen die Unterstützung eines geeinten Landes und ich möchte bitten zu erwägen, ob die Ausführeiner Regelung gebessert oder geschädigt werden durch eine Agitation, die ständig die von uns besagte Politik falsch darstellt und die geeignet ist, außerhalb Englands Zweifel über unsere Enschlossenheit, unsere Verpflichtungen zu erfüllen, und über die Aufrechterhaltung unseres Friedenswunsches zu erregen. (Lauter Beifall.)

Die Politik der Regierung gebilligt.

London, 21. Dezember.

Das Unterhaus hat die von Baldwin eingebrachte Resolution, in der die Politik der Regierung in der Iralfrage gebilligt wird, mit 230 gegen 4 Stimmen angenommen.

London, 21. Dezember.

Times meldet aus Konstantinopel, es könne angenommen werden, daß die Türkei, vorläufig wenigstens, jeden Gedanken an gewaltsame Maßnahmen Moskul gegenüber aufgegeben haben. Es würde jedoch fallig sein, wenn man annähme, daß die Konfliktfrage völlig beseitigt sei. Die Kriegspartei in Angora sei stark und stehe unter dem Einfluß der Bolschewiken, die von einem Kriege im Frühjahr sprächen. Dem Berichterstatter zufolge werde jedoch erklärt, daß ein Konflikt keineswegs unvermeidlich sei, wenn Großbritannien zu einer edelmütigen Geste bereit sei. Morning Post berichtet aus Konstantinopel, daß das britische Freundschaftsangebot durch Kolonialsekretär Amern unerwartet gekommen sei und eine neue Aussicht eröffne, die zu prüfen der Mühe wert sei. Es werde darauf bestanden, daß die Entscheidung über Moskul nicht wirksam werde, ohne daß weitere Verhandlungen stattfinden, die vielleicht der Lösung des Problems ein anderes Aussehen geben würden.

Rußlands Außenpolitik.

Der russische Außenminister, der sich seit einigen Tagen in Berlin aufhält, hat mit Stresemann Unterredungen gepflogen, deren Inhalt aber nicht bekanntgegeben wird. Um so größeren Sums machen die Blätter über den Empfang bei Stresemann und über das Gespräch, das er Tischtscherin zu Ehren gegeben hat. Um die deutsche Öffentlichkeit von der russischen Außenpolitik doch etwas wissen zu lassen, hat Tischtscherin Pressverletern eine Unterredung gewährt, bei der er nach Wolffs Bureau u. a. gefragt hat:

„Mit Briand und anderen französischen Politikern sei vereinbart worden, daß sofort nach dem Eintreffen des neuen Sowjetbotschafters Rakowski aus Moskau in Paris, also in der ersten Hälfte des Januars, die offiziellen Verhandlungen zwischen Rußland und Frankreich beginnen sollen. In seinen Unterredungen mit dem französischen Ministerpräsidenten sei festgestellt worden, daß keinerlei erhebliche Gegensätze zwischen Frankreich und der Sowjetunion beständen; dagegen weiß Tischtscherin über ein von ihm beabsichtigtes Zusammentreffen mit Chamberlain nichts. Die russische Regierung sei der Auffassung, daß für Rußland das Eintreten in den Völkerbund unumgänglich sei, da die Gegensätze zwischen dem Sowjetstaat und den kapitalistischen Staaten Europas noch zu groß seien, als daß eine gemeinsame Arbeit im Völkerbund möglich wäre. Dagegen würde die russische Regierung Gewicht darauf legen, mit England ebenso wie mit anderen Staaten präzise Abmachungen über die Beziehungen Rußlands zu ihnen zu treffen. Schiedsverträge allerdings seien für Rußland unannehmbar. Eine sofortige Entwaff-

nungskonferenz würde die russische Regierung jedoch unterstützen und sich daran beteiligen. Zum Abschluß des Locarno-Vertrags bemerkte Tischtscherin, daß sich die Haltung Rußlands zu Deutschland dadurch nicht geändert habe.“

Um die Abrüstungskonferenz.

Ueber die Frage der Teilnahme der Vereinigten Staaten Amerikas und Rußlands an der Abrüstungskonferenz liegen mehrere Nachrichten vor, die dahin ausklagen, daß keine direkte Ablehnung, an der Konferenz teilzunehmen, beabsichtigt sei. Von russischer Seite werden Voraussetzungen geltend gemacht, von deren Erfüllung die Teilnahme abhängt. So sagt die Iwestija, Rußland könne an einer Konferenz, die in der Schweiz tagt, nicht teilnehmen, weil es mit diesem Land die diplomatischen Beziehungen wegen des Nordes an Worwaki abgebrochen habe. England sei für die Schweiz als Konferenzort, um Rußland von der Konferenz fernzuhalten. Diese Auslassungen der Iwestija werden in Völkerbundsblättern, wie aus Genf berichtet wird, nur als Vorwand der Sowjetregierung betrachtet, um die Teilnahme an der Konferenz abzulehnen. Es wird noch darauf hingewiesen, daß der Tagungsort der Konferenz noch gar nicht feststehe, auch könne ein solcher außerhalb der Schweiz in Frage kommen.

Was die Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Konferenz angeht, so weiß die Londoner Morning Post aus Washington zu berichten, Coolidge sei bereit, die Einladung des Völkerbundes zur Teilnahme an der Abrüstungskonferenz anzunehmen, wenn die Mehrheit des Senats zustimme. Die allgemeine Stimmung im Lande sei für die Beteiligung. Der Senat werde es daher nicht für klug halten, ihr entgegenzuwirken.

Die russische Zeitung will schon wissen, wen Coolidge mit der Führung der amerikanischen Delegation betrauen wird, nämlich den bekannten deutschfreundlichen Senator Borah.

Die französischen Sozialisten zum Vorschlag der Industriellen.

Gegen das Syrienmandat.

W.B. Paris, 21. Dezember.

Die sozialistische Kammerfraktion hat in der Kammer mit dem Ersuchen um schnelle Beratung den Entwurf einer Entschließung des Inhaltes vorgelegt, aus dem den Industriellen der Norddepartements zur Stabilisierung der französischen Währung sollte eine solidarische Aktion der ganzen Nation gemacht werden.

Darüber, wie die französischen Sozialisten den Vorschlag der Industriellen Nordfrankreichs ausgehandelt wissen wollen, liegen noch keine Nachrichten vor. Dieser Vorschlag basierte auf dem Projekt einer Amerilaanleihe von ungefähr 2 Milliarden Goldfranken.

Bei der Sonntagdebatte über Syrien traten von den Sozialisten die Abg. Fontanier und Utag für die Internationalisierung des Syrienmandats ein. Ein diesbezüglicher Antrag des Genossen Fontanier, der zunächst die Rückgabe der Mandate an den Völkerbund verlangt, verfiel mit 345 : 197 Stimmen der Ablehnung.

Das faschistische Gewaltregiment in Südtirol.

U. Innsbruck, 21. Dezember.

In Kallern wurden die Kinder der deutschen Eltern gezwungen, das italienische Piave-Lied, einen Hymnus auf Oesterreichs Untergang, auswendig zu lernen. Der Gesang muß öffentlich beim Gruß der Tricolore gelungen werden. Deutsche Lehrer, die in den Klassen nicht italienischen Unterricht erteilen, mußten die Erlernung des Piave-Liedes vornehmen. In Spina widersetzten sich die Kinder mit dem Bemerkten, daß sie das, was sie nicht verstanden, auch nicht lernen wollten. Die Folge davon war, daß die deutschen Lehrer in Untersuchungshaft genommen wurden. In Montiggel bei Kallern waren zwei Lehrpersonen durch Dekret des Schulamtes ange stellt. Eines Tages erschien dort ein fremder Lehrer, um den Unterricht zu übernehmen. Er sei von der Opera-Nazionale (einem Privatverein) beauftragt. Als sich die gegenseitig ange stellten Lehrer widersetzten, rief der neue Lehrer die Hilfe der Schulbehörde an. Die früheren Lehrkräfte wurden daraufhin abgeleht. In der Schule in St. Ulrich-Gröden wurden die Kinder vom Lehrer Aldosser ausgeführt, wie ihre Eltern über Mussolini und den König sprächen. Einige Kinder machten abfällige Bemerkungen. Darauf erstattete der Lehrer Anzeige. Die betreffenden Eltern wurden in Ketten abgeführt. In verschiedenen Orten Südtirols ist von den italienischen Schulinspektoren verfügt worden, daß der neue faschistische Gruß nicht nur in der Schule praktiziert werden müsse, sondern daß auch die Vorgelegten und Carabinieri auf der Straße in dieser Weise von den Kindern begrüßt werden müßten.

Wie das Berliner Tageblatt aus Bozen meldet, hat der italienische Schulinspektor Vini in Trien angeordnet, daß die dortige reichhaltige deutsche Bezirks-Lehrer-Bibliothek verbrannt wird. Die deutsche Bürgerkapelle in Bozen wurde aufgelöst, dagegen ist eine faschistische Eigenbahnerkapelle gegründet worden.

Neue Strömungen in der Komintern.

Grigori Sinowjew in Opposition.

„Manche Genossen glauben, daß wir die ganze Zeit hindurch uns bloß im Rückzug befänden, daß unsere Partei zwar eine rote ist, aber daß sie ein rotgefärbter Krebs ist, der immer rückwärts geht. Das also, ein solches rot, sei uns lieb.“

Damit kennzeichnete Bucharin in einer Rede, die er auf einer Konferenz der Moskauer K.P.M. hielt, die gegenwärtige Situation und gleichzeitig die Kämpfe, die zur Zeit auf dem Gesamtparteitag der russischen Kommunisten ausgefochten werden. Der vernünftiger Teil der kommunistischen Partei Rußlands wendet sich gegen die Bedränger von links, die immer die Anklage erhoben, daß die Partei allgemach eben nur noch ein „rotgefärbter Krebs“ sei, der immer rückwärts gehe. Die derzeitigen Kämpfe in der Komintern bekommen ihr Gepräge durch die Schwelkung Sinowjews, der nunmehr in die Opposition übergegangen ist. Sinowjew ist nicht nur das Haupt der Komintern, er gehört neben Stalin und Kamenew zu jenem Triumvirat, das an die Stelle Lenins gesetzt worden war. Nunmehr geht ein tiefer Riß durch diese Institution. Grigori, das Haupt Leningrabs, steht an der Spitze einer Opposition, die freilich in hoffnungsloser Minderheit, durch etwa 100 von 900 bis 1000 Delegierten verkörpert wird.

In der Struktur der russischen Wirtschaft haben sich während der letzten Monate erneut tiefgehende Veränderungen vollzogen. Die Rote Fahne brachte das bereits oben genannte Referat Bucharins auf der Konferenz der Moskauer Kommunisten. Bucharin ist ehrlich genug, anzuerkennen, daß die Wirtschaftspolitik der Sowjetunion erneut einen starken Mißerfolg erlitt. Es handelt sich um die Getreidebeschaffungsoperationen, die vor Monaten eingeleitet wurden. Wie bekannt, wird der gesamte Außenhandel Rußlands monopolistisch zusammengefaßt, und bisher war die Ausfuhr von Getreide beinahe die einzige Möglichkeit, den Import von Werkzeugen, Textilien und anderen Produkten zu finanzieren. Die Leiter der Sowjetunion rechneten damit, daß in diesem Jahre der Getreideexport in besonderem hohem Maße gesteigert werden könnte und darauf war ein neuer grandioser Plan für den Aufbau der russischen Industrie gegründet worden. Bucharin stellte fest, daß diese Absichten reitlos zu Wasser wurden und Stalin hat in seinem Bericht auf dem Parteitag mitgeteilt, daß der russische Außenhandel im vergangenen Wirtschaftsjahre mit 144 Millionen Rubel passiv gewesen sei. Bei dem schwächlichen Zustande des Wirtschaftskörpers der Sowjetunion bestehen damit unmittelbar Gefahren für den Fiskus, wonein, und es ist erklärlich, wenn alle diese Umstände den russischen Wirtschaftspolitikern zu mancherlei Sorgen Anlaß geben. Bucharin erklärt weiterhin, daß sich die russische Staatsindustrie auf eine Periode schnellen Aufschwunges eingestellt hatte. Die Betriebe seien verbessert und erweitert worden, und in der Annahme einer schnellen Aufwärtsentwicklung wurden alle vorhandenen Betriebskapitalien festgelegt. Nach den Rückschlüssen, die sich nunmehr ergeben haben, befindet sich die russische Industrie etwa in dem gleichen Dilemma wie das deutsche Unternehmertum. Es fehlt an den erforderlichen Mengen liquiden Kapitals. Bucharin verweist auf die Unregelmäßigkeiten in der Lohnzahlung, die sich bereits während der letzten Wochen ergeben hätten, und beurteilt zusammenfassend die Gesamtlage wie folgt:

„Wir glauben, daß wir im großen und ganzen diese Desorganisation überwinden werden, aber man muß einsehen, daß unsere Lage keineswegs eine sozialagen „hurrapatriotische“ ist, eine Lage, von der wir früher geträumt hatten. Unsere Lage ist nicht bereit, um nur Hurra zu rufen!“

Wenn in Deutschland Wirtschaftspolitik der sozialistischen Partei sachlich und nüchtern die Fehlerquellen unserer heutigen Wirtschaft aufzuzeigen sich bestreben, und wenn sie dann ebenfalls vor einer „hurrapatriotischen“ Stimmung warnen, dann sind es ausgesprochen immer die deutschen Kommunisten, die beratliche Maßnahmen für ihre Parteizwecke auszunutzen versuchen. Daß diese Hemmnugslosen, trotz der beschwörenden Worte Bucharins, auch unter den russischen Kommunisten zu finden sind, versteht sich am Rande. Man kann nicht, wie Sinowjew, mehr als ein Jahrhundert die gesamte internationale Arbeiterklasse gegen alle Vernunft und jede Einsicht in den tatsächlichen Stand der wirtschaftlichen Lage anzuputtschen suchen, ohne zuletzt selbst dieser Demagogie zu verfallen. Bisher ist es noch immer gelungen, die verschiedenen Strömungen der Sowjetopposition, so die der Kolontaj, Trocki und wie sie alle heißen, niederzukämpfen. Jetzt steht nunmehr das Haupt der Komintern, Sinowjew, im Gegensatz zu den führenden Wirtschaftshauptern der Sowjetunion an der Spitze der Opposition. Wir beobachten ein heftiges Duell zwischen Moskau und Petersburg, so daß die jetzige Opposition, besser gesagt die Reaktion zur neuesten Rekonvaleszenz, wahrscheinlich eine größere Bedeutung erlangen dürfte.

Der Kampf zwischen Bucharin und Sinowjew, den Wortführern der beiden Richtungen, konzentriert sich auf die Haltung des Sowjetstaates gegenüber der neuen Bourgeoisie und des neuen Agrarkapitals, das im Dorfe immer gebieterischer